Einleitend teilt Stv. Pütz mit, dass die Fraktion in der Angelegenheit einen dringenden Handlungsbedarf sehe. Aus diesem Grund solle der Antrag in den Ausschuss für Soziales, Kultur und Integration verwiesen werden. Ergänzend zum Antrag schlage er in der heutigen Sitzung die Bildung einer Arbeitsgruppe "Sicherheit und Ordnung" mit mind. einem Mitglied aus jeder Fraktion vor, die zeitnah tagen sollte. Des Weiteren regt Stv. Pütz an, dass einige Ratsmitglieder, zu denen er auch zähle, sich bereit erklären sollten, sich an den genannten Punkten einzufinden, um evtl. mit den dort angetroffenen Jugendlichen ein persönliches Gespräch zu führen.

Anschließend gibt BM Thul ein kurzes Statement aus persönlicher Sicht ab. Seiner Meinung nach hat es zu jeder Zeit Brennpunkte in Bergneustadt gegeben. Jedoch haben diese ein Maß angenommen, sehr wahrscheinlich auch durch die momentane Corona-Situation, dass man nicht mehr wegschauen könne. Zudem sei er erschrocken über die Intensität der Auseinandersetzungen in Bezug auf die Kommunikation in sozialen Medien. Er weist in diesem Zusammenhang ausdrücklich darauf hin, dass weder der Bürgermeister noch der Ordnungsdienst wegschauen und Kontrollen schon gar nicht aus Angst nicht durchgeführt werden. Die Personalien der Jugendlichen seien bekannt, aber für die Ahndung sei die Polizei zuständig. Ein Gespräch mit dem Förderkreis für Kinder, Kunst & Kultur, der BGS Hackenberg, dem Streetworker, dem AV und dem Kreisjugendamt sei bereits für die nächste Woche terminiert.

Stv. Lenz teilt die Meinung, dass eine Verweisung in den Ausschuss für Soziales, Kultur und Integration zielführend sei. Warnt jedoch ausdrücklich davor, Bürgerwehren zu bilden.

Stv. D. Grütz weist darauf hin, dass es in Bergneustadt zwar Schwierigkeiten mit Jugendlichen gebe. Ihn störe jedoch die Tatsache, dass der UWG-Antrag wenig konstruktiv formuliert sei. In diesem Zusammenhang weist er auf den SPD-Antrag aus dem Jahr 2019 hin, in Bergneustadt wieder eine eigene Polizeiwache einzurichten, da die SPD der Auffassung sei, Bergneustadt brauche im Bereich Ordnung eine Polizeipräsenz. Aufgrund der geschilderten Situation werde die Fraktion diesen Antrag erneut in den Rat einbringen.

Stv. Schulte erklärt, dass sich über den Ton des UWG-Antrages und was Bürger sehen trefflich streiten ließe, jedoch sei dies nicht zielführend. Er halte daher die Verschiebung in den Ausschuss für Soziales, Kultur und Integration für richtig.

Stv. Klaka teilt mit, dass sie erschrocken darüber sei, dass in den sozialen Medien Einträge, wie vom BM angesprochen, unkommentiert stehen gelassen werden. Zudem bitte sie darum, lediglich von Jugendlichen zu sprechen, ohne auf deren Herkunft einzugehen, da sie alle Jugendliche unserer Stadt seien. Des Weiteren sei das Problem in der Altstadt bereits seit 3 Jahren bekannt. Aber aufgrund der Beteiligung mehrerer Personen und auch des Moscheevereins habe man dort das Problem so gut wie gelöst.

In diesem Zusammenhang verweist Stv. Pütz nochmals darauf, dass nicht von allen Jugendlichen die Rede sei, lediglich von Problemgruppen. Er habe zahlreiche Kommentare von Bürgern erhalten, die gerne bei ihm eingesehen werden könnten. Des Weiteren haben Bürger ihm berichtet, dass die Polizei hinzugerufen wurde, diese jedoch nicht erschienen sei.

In einer sich anschließenden Diskussion über das weitere Vorgehen und der fortlaufenden Unterrichtung der Ratsmitglieder stellt Stv. Pütz den Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluss der Debatte.

<u>Abstimmungsergebnis</u>: 17 Jastimmen, 14 Neinstimmen, 3 Enthaltungen

Im Anschluss stellt BM Thul den Antrag der UWG-Fraktion mit der Verweisung in den Ausschuss für Soziales, Kultur und Integration zur Abstimmung.